

Die Odenwald Allianz hat ihr Konzept zur Unterstützung der ambulanten Gesundheitsversorgung Vertretern des Bayerischen Hausärzteverbandes und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) vorgestellt. Dort zeigte man sich interessiert, kommunale MVZ-Genossenschaften als mögliche Lösung für die zukünftige hausärztliche Versorgung im südlichen Landkreis Miltenberg zu nutzen.

Amorbach, München, den 22.02.2019

Bei einem Treffen der Bürgermeister Peter Schmitt (Amorbach), Helmut Demel (Miltenberg) und Bernhard Kern (Weilbach) mit Dr. Markus Beier, Vorsitzender des Bayerischen Hausärzteverbandes, und Dr. Christian Pfeiffer, Vorsitzender des Bezirks Unterfranken des Bayerischen Hausärzteverbandes und regionaler Vorstandsbeauftragter der KVB, am 25. Januar in Würzburg hat die Odenwald Allianz „Campus GO“ ihre Strategie vorgestellt, um die ambulante hausärztliche Versorgung der Region attraktiv und zukunftsfest zu machen. Demnach wollen die drei Kommunen Amorbach, Miltenberg und Weilbach eine Genossenschaft gründen, die in der Region Hausarztpraxen übernehmen kann.

Um zu klären wie die Haltung des Bayerischen Hausärzteverbandes und der KVB dazu ist und ob eine solche kommunale Genossenschaft auch ein Medizinisches Versorgungszentrum betreiben kann, hatte Peter Schmitt in seiner Funktion als Sprecher der Odenwald-Allianz den Termin in Würzburg vorbereitet. Vorangegangen waren zahlreiche Einzelgespräche, die Schmitt schon mit dem vorherigen Vorsitzenden des Bayerischen Hausärzteverbandes Dr. Dieter Geis geführt hatte und an die er mit Dr. Beier anknüpfen konnte. Erleichternd kam hinzu, dass Dr. Beier und Dr. Pfeiffer sich bereits intensiv mit dem Gesamtkonzept der Odenwald-Allianz, bekannt unter dem Titel „Campus GO – smarte Gesundheitsregion bayerischer Odenwald“, befasst hatten, für dessen Umsetzung und Management eine unternehmerische Rechtsform benötigt wird. Die Übernahme von Arztpraxen, die Anstellung von Ärztinnen und Ärzten sowie der Betrieb eines MVZ gehören unter den Oberbegriffen der Personal- und der Organisationsentwicklung zu den konstitutiven Bestandteilen von „Campus GO“.

Der Bayerische Hausärzteverband und auch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns haben angesichts der zu erwartenden hausärztlichen Versorgungssituation in den Mitgliedskommunen der Odenwald-Allianz die Pläne der Kommunen Amorbach, Miltenberg und Weilbach mit Interesse aufgenommen. Dr. Christian Pfeiffer: „Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn sich Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, Gedanken über die Zukunft der ambulanten medizinischen Versorgung machen. Wenn dadurch in enger Abstimmung mit den bereits niedergelassenen Ärzten vor Ort nachhaltige Strukturen entstehen, die dabei helfen die Region auch für junge Ärzte attraktiv zu machen und damit einen Beitrag für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung leisten, ist dieses kommunale Engagement ein interessanter Ansatz.“

Grundsätzlich könne auch eine kommunale Genossenschaft ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) betreiben, erklärte Dr. Beier. Der Bayerische Hausärzteverband und die KVB knüpfen ihre Zustimmung allerdings an Bedingungen, die aus Sicht von Peter Schmitt, Bürgermeister von Amorbach und Sprecher der Odenwald-Allianz, durchaus nachvollziehbar und für die Region akzeptabel sind. Zu den Eckpunkten, die die Bürgermeister mit den Ärztevertretern diskutierten, gehört demnach die Gemeinwohlverpflichtung als Satzungsinhalt der Genossenschaft. Dagegen müsste die Beteiligung von Genossenschaftsmitgliedern, die vorrangig Kapitalinteressen haben, klar und deutlich in der Satzung ausgeschlossen werden. „Aus der Perspektive des Bayerischen Hausärzteverbandes und der KVB ist es nachvollziehbar, dass sie auch eine Gründungsbeteiligung sowie eine spätere Mitgliedschaft von privaten Klinikbetreibern nicht unterstützen“, so Bürgermeister Schmitt.

Wesentliches Argument des Bayerischen Hausärzteverbandes ist dabei die Sorge, dass die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen sonst nicht mehr die Freiheit hätten, ihre Patientinnen und Patienten in ein Krankenhaus ihrer Wahl einzuweisen. „Ein MVZ mit wesentlicher Beteiligung eines Krankenhauses fungiert erfahrungsgemäß als sogenannte „Portalpraxis“, die Patienten bevorzugt in die angrenzende Klinik überweist. Das wiederum schränkt die Wahlfreiheit der Patienten ein und stellt eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung dar“, warnt Dr. Markus Beier, Vorsitzender des Bayerischen Hausärzteverbandes. Auf Grund von Erfahrungen und wissenschaftlichen Evaluierungen bestehender MVZ in Bayern und bundesweit empfohlen Bayerischer Hausärzteverband und KVB, dass ein MVZ nicht mehr als 10 Arztsitze übernehmen solle, um profitgetriebene Konzernstrukturen zu Lasten der Patienten zu vermeiden. Zudem sei auf ein gesundes Verhältnis von selbständigen und angestellten Ärzten zu achten, um einerseits dem Arbeitsaufwand insbesondere in der hausärztlichen Versorgung gerecht zu werden, und um andererseits auch wirtschaftlich erfolgreich arbeiten zu können.

Einigkeit bestand zwischen den Bürgermeistern, Dr. Beier und Dr. Pfeiffer darüber, dass vorrangig niedergelassene Ärztinnen und Ärzte Mitglied der Genossenschaft werden sollen, denn mittelfristiges Ziel des kommunalen Engagements in der Genossenschaft ist die Stärkung der Ärztinnen und Ärzte der Region. Die kommunalen Gründungsmitglieder verstehen ihr Engagement als eine Art „Hilfe zur Selbsthilfe“, d.h. die Ärzte der Region und die zu gewinnenden Nachwuchsärztinnen und –ärzte sollen durch die Genossenschaft verschiedenste Unterstützung bekommen, um nach und nach selbst in eine Führungsfunktion zu wechseln und die Kommunen in ihrer Funktion zu ersetzen.

Noch offen ist, ob es sich bei der ärztlichen Kooperationsform ausschließlich um ein Medizinisches Versorgungszentrum („MVZ“) handeln soll oder ob nicht auch andere Formen sog. Berufsausübungsgemeinschaften („BAG“), z.B. Gemeinschaftspraxen oder Praxisgemeinschaften, oder aber eine Mischform von MVZ und BAG in Frage kommen. Entscheidend werden die Wünsche, Bedürfnisse, Möglichkeiten und Pläne der noch in der Region tätigen Hausärzte sein. Insbesondere in den Gesprächen, die im Hinblick auf das in Amorbach geplante Gesundheitszentrum geführt werden, wird erkennbar, dass es Ärzte gibt, die lieber heute als morgen ihre Arbeitszeit reduzieren oder auch in ein Angestelltenverhältnis wechseln wollen, während andere lieber selbst Ärztinnen oder Ärzte anstellen wollen, auch zur Weiterbildung.

Die Bürgermeister würden es begrüßen, wenn die Odenwald-Allianz den Bayerischen Hausärzteverband zur weiteren Beratung der zu gründenden Genossenschaft und später als Mitglied in ihrem Beirat gewinnen könnte. Ganz sicher werden die Kommunen auf die Angebote des Bayerischen Hausärzteverbandes zur Ansprache und Förderung von Nachwuchsärztinnen und –ärzten sowie zur Fort- und Weiterbildung zurückgreifen, auf die Dr. Beier sie ausdrücklich hingewiesen hat.

An dem Gespräch in Würzburg haben auch Christine Becker (salutoconsult, Bad König, Koordinatorin diverser Projekte von „Campus GO“ und derzeit in Gesprächen mit Interessenten für das in Amorbach geplante Gesundheitszentrum) und die Rechtsanwälte Hans-Joachim Schade und Dr. jur. Florian Hölzel von der Kanzlei Broglie, Schade und Partner, Wiesbaden, teilgenommen.

Kontakt für weitere Informationen: Peter Schmitt, Bürgermeister Amorbach....